

CVP gegen freie Schulwahl

Die CVP Schweiz will die Volksschulen stärken. Die Delegiertenversammlung vom 30. August in Basel verabschiedete ein Positionspapier mit 165 zu null Stimmen. Dieses postuliert unter anderem soziale und politische Bildung ab der 4. Klasse.

Das Papier fasst zumeist bekannte Positionen zusammen. In der Volksschule seien etwa Eltern einzubinden, Chancengleichheit sicherzustellen und «christlich-ethische Werte» zu vermitteln. Die CVP ist auch für Noten und für Sprachtests im Vorschulalter; Obligatorien für sprachliche Frühförderung sollen möglich sein.

Kantone sollen gemäss CVP-Papier anerkannte Privatschulen unterstützen können. Bildungsgutscheine dürften aber keine Mittel von den öffentlichen Schulen abzweigen. Das Schulobligatorium sei strikt und für den ganzen Unterricht durchzusetzen, ohne zum Beispiel religiöse Dispensationen. Zu reden gab, ob Eltern innerhalb der öffentlichen Schule den Schulstandort wählen dürfen sollen. Die freie Schulwahl gefährde den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Schulqualität, warnte der Aargauer Bildungsdirektor Rainer Huber, Co-Autor des Papiers.

Die DV entschied sich grossmehheitlich gegen freie Schulstandortwahl bis zur Gymnasialstufe. Klar angenommen wurde trotz skeptischen Voten ein Schaffhauser Antrag, wonach Eltern bei wiederholtem und unentschuldigtem Fernbleiben von obligatorischen Anlässen gebüsst werden können. sda

Weiter im Netz

www.cvp.ch

SVP will «konservative Wende» in der Bildung

Die Volksschule braucht nach Ansicht der SVP mehr Disziplin und Ordnung. Mehrheitlich abgelehnt wird das nationale Harmonisierungs-Projekt HarmoS.

Der SVP-Sonderparteitag vom 25. August fand nicht zufällig in Sursee statt. Als erster Kanton stimmte Luzern am 28. September über das Konkordat zur Harmonisierung der obligatorischen Schule HarmoS ab (Ergebnis bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt). Am 30. November folgen Graubünden, St. Gallen, Thurgau und Zürich. Weil das Abstimmungsergebnis Signalcharakter hat, mischen sich auch die nationalen Parteien ein.

Die SVP schoss in Sursee aus vollen Rohren gegen HarmoS. Parteipräsident Toni Brunner bezeichnete das Projekt als «einen Versuch der föderalismusfeindlichen Gleichschaltung». Alt Nationalrat Ulrich Schlier listete die «Fehler» von HarmoS auf: Institutionalisierung des Schulzwangs für Vierjährige; obligatorische flächendeckende Schaffung von Tagesstrukturen; Zementierung des «integrativen Unterrichts»; Entmachtung von Eltern, Gemeinden und Kantonen samt ihrer Parlamente.

Schlier warnte weiter vor den Auswirkungen des Konkordates: Konkordatsrecht breche kantonales Recht. Kantonale Bestimmungen, die HarmoS widersprechen, müssten innert sechs Jahren angepasst werden. Die Zentralisierung der Volksschule sei aber abzulehnen.

In der Diskussion überwogen die Voten gegen HarmoS deutlich. Dennoch gab es vereinzelt Unterstützung für das Projekt, so aus Bern, Freiburg und Schwyz. Eine gewisse Koordination und Harmonisierung im schweizerischen Schulwesen

sei notwendig, hiess es unter anderem. Auch der Schwyzer SVP-Regierungsrat und Bildungsdirektor Walter Stählin stellte sich prononciert hinter HarmoS, wandte sich gegen die pauschale Verurteilung und wies die Vwürfe gegen das Konkordat zurück. Ein Berner Vertreter empfahl, die Fundamentalopposition aufzugeben. Wenn die SVP sich als Wirtschaftspartei profilieren wolle, müsse sie Flexibilität zeigen.

Unbestritten scheint indessen in der SVP die von Toni Brunner erhobene Forderung nach einer konservativen Wende in der Pädagogik und der «Wiederherstellung» von Disziplin und Ordnung. Brunner rechnete in Sursee mit den 68ern ab, die bei ihrem Marsch durch die Institutionen die Bildungspolitik mit Erfolg besetzt hätten. Das Ergebnis sei katastrophal: Die Respektperson sei zum Lehrerkumpel geworden, Leistung sei schlechtgemacht, Schulnoten seien abgeschafft, Ordnung und Disziplin verspottet worden. Brunner ortet heute in der Schule nicht nur schwindende Leistungsbereitschaft, auch Persönlichkeit und Charakter der Kinder nähmen Schaden.

Zum Schluss beauftragte der Sonderparteitag die Parteileitung mit der Ausarbeitung eines umfassenden Bildungspapiers zur Primarschule.

sda

Weiter im Netz

www.svp.ch

www.edk.ch

FDP-Kampagne für HarmoS

Die FDP steht hinter dem Konkordat der Kantone zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS). Unter dem Motto «Mehr Klasse im Klassenzimmer» wird sie eine aktive Kampagne führen.

HarmoS sei für die freisinnig-liberale Bildungspolitik ein Reformprojekt höchster Priorität, sagte die Berner Nationalrätin Christa Markwalder an einer Medienkonferenz. Deshalb engagiere sich die FDP dafür, die Abstimmungen in den Kantonen zu gewinnen. 26 Bildungssysteme verbrauchten unnötig wertvolle Ressourcen, findet die FDP. Gleichzeitig bekennt sich die Partei zu Leistungsorientierung und Vergleichbarkeit der Schulleistungen mit einem Benotungssystem auf allen Stufen. sda

So ist es richtig

HarmoS (noch) nicht für alle

Sobald zehn Kantone das Konkordat zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) ratifiziert, also den Beitritt beschlossen haben, tritt das Vertragswerk in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt läuft auch die sechsjährige Übergangsfrist. Verbindlich ist HarmoS aber vorerst nicht für alle Kantone (wie durch einen Irrtum in BILDUNG SCHWEIZ 9/08 zu lesen war), sondern nur für jene, die es ratifiziert haben.

Kantone, die HarmoS nicht ratifiziert, sich also gegen einen Beitritt entschieden haben, könnten später vom Bund dazu verpflichtet werden, sich an der Harmonisierung zu beteiligen – so weit es um die in Artikel 62 der Bundesverfassung genannten Punkte geht (Schuleintrittsalter und Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge sowie Anerkennung von Abschlüssen). B.S.

«Mehr Macht und Autonomie den Lehrpersonen»

Die Schule wird zunehmend von Technokraten und Expertengremien bestimmt. Lehrpersonen sind mit den wachsenden Bildungs- und Erziehungsaufgaben überfordert. Aber wer ist letztlich für die Schule verantwortlich? Bildungsfachleute diskutierten an einer Podiumsveranstaltung in Zürich Anfang September aktuelle Fragen der Bildungslandschaft.

Wer ist «Experte», wenn es um die Zukunft der Schule und damit um die Bildung und Erziehung der Kinder geht? Sind es Eltern, Lehrpersonen, Wissenschaftler, Dozentinnen und Dozenten der Lehrerinnenbildung, Politikerinnen und Politiker?

Allan Guggenbühl, Kinder- und Jugendpsychologe, Urs Kalberer, Sekundarlehrer und Spezialist für frühes Sprachenlernen, Remo Largo, Kinderarzt, und Fritz Osterwalder, Pädagoge an der Universität Bern, jedenfalls begründeten ihre Legitimation unter anderem mit der Tatsache, dass sie in ihrer täglichen Arbeit in engem Kontakt mit Kindern und Lehrpersonen und deren praktischen Erfahrungen in der Schule stehen.

Sie hatten als Interessengemeinschaft «Kindgerechte Schule» zu einer Podiumsveranstaltung in die ETH Zürich eingeladen. Unter dem Titel «Diagnose Volksschule: Kindgerecht oder Spielball von Politik und Wissenschaft?» stellten sie zehn Thesen zu bildungspolitischen und pädagogischen Fragen zur Diskussion.

Erfolgreich, aber überfordert

Fritz Osterwalder bezeichnet zwar die Volksschulen der Schweiz als «Erfolgsmodell», verantwortlich dafür, dass heute 95 Prozent der Jugendlichen den Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten und damit zu einem qualifizierten Beruf finden. Doch trotz dieser Erfolge könne die heutige Schule nicht alle akuten Probleme lösen, die man ihr überantworten wolle, betonte er in seinen Ausführungen vor gegen 300 interessierten Personen im Hauptgebäude der ETH Zürich: «Die Delegation aller anstehenden gesellschaftlichen und individuellen Probleme an die Schule überfordert die Institution Schule und die Lehrpersonen und nicht zuletzt auch die Kinder.»

Im Interesse des Kindes fordert er die Aufteilung der Erziehungsverantwortung auf Eltern, Schule und verschiedene andere Institutionen. Nur so könnten

sich Kinder zu freien und eigenverantwortlichen Menschen entwickeln.

Osterwalder sieht die Bildungslandschaft zunehmend von Expertengremien und Verwaltungseinheiten dominiert. Diese beanspruchten unter anderem auch einen erheblichen Anteil an finanziellen Mitteln, welche der Schule dadurch entzogen würden. Zuständig für die Führung der Schule müsste insbesondere die Öffentlichkeit – Eltern, Bürgerinnen und Bürger, demokratisch gewählte lokale Milizgremien wie Schulpflegen und Schulkommissionen – bleiben.

Beziehungen aufwerten

Osterwalders Ansichten standen teilweise im Widerspruch zu den Ausführungen von Kinderarzt Remo Largo. Dieser fordert von der Institution Schule künftig mehr Verantwortung für die Sozialisation und die Betreuung der Kinder auch ausserhalb des Unterrichts: «Die Familie schafft das nicht mehr allein.» Mittagstisch und Tagesbetreuung seien

nötige Ergänzungen; die Forderung rechtsgerichteter Politikerinnen und Politiker, welche die Erziehungsverantwortung ausschliesslich bei den Eltern lassen wollen, hingegen «blauäugig». «Wir müssen die Beziehungen in der Schule aufwerten, Lehrer-Kind, Lehrer-Eltern, Kinder untereinander und Lehrer untereinander.»

Konstante Beziehungen und Emotionen zwischen den Beteiligten im Schulumfeld sind auch für den Kinder- und Jugendpsychologen Allan Guggenbühl ein zentrales Anliegen. Wichtig sei, dass Lehrpersonen die Kinder wirklich sehen, dynamische Auseinandersetzungen ermöglichen und flexibel reagieren. Die zunehmende Aufteilung des Unterrichts auf mehrere Lehrpersonen und diverse Fachpersonen könnte dies jedoch nicht mehr gewährleisten. «Es gilt, die Rolle der Klassenlehrperson zu stärken», betonte er.

Eine wichtige Rolle für die Sozialisierung spielen auch die Beziehung zur

«Diagnose Schule» – Die 10 Thesen

1. Die öffentliche Volksschule kann viel aber nicht alles – die öffentliche Volksschule darf/soll nicht alles tun, was sie kann (Fritz Osterwalder)
2. Die öffentliche Volksschule ist eine Angelegenheit der Öffentlichkeit und nicht von Spezialisten und Verwaltung (Fritz Osterwalder)
3. Emotionen und Beziehung als Voraussetzung des Lernens und Konfliktprävention (Allan Guggenbühl)
4. Pflege der Identifikationssprache und heimatlichen Geschichte in Klassengemeinschaften (Allan Guggenbühl)
5. Lernen nach Noten und Standards? (Remo Largo)
6. Wer sozialisiert die Kinder? (Remo Largo)
7. Warum ist ein guter Schüler ein Mädchen? (Remo Largo)
8. Frühes schulisches Fremdsprachenlernen ist ineffizient (Urs Kalberer)
9. Die Ausbildung der Lehrkräfte leidet an einem Theorie-Praxis-Gefälle (Urs Kalberer)
10. Die Lehrerweiterbildung ist konzeptlos und wird als Machtinstrument eingesetzt (Urs Kalberer)

(Die 10 Thesen stellten Allan Guggenbühl, Urs Kalberer, Remo Largo und Fritz Osterwalder anlässlich einer Podiumsveranstaltung in Zürich auf.)

Weiter im Netz

Die Thesen «Diagnose Schule» sind unter www.ikm.ch abrufbar.

heimatlichen Geschichte und zur Muttersprache respektive Identifikationssprache, betonte Guggenbühl.

Urs Kalberer, Lehrer und Fachmann für frühes Sprachenlernen, ging noch weiter und bewertete frühes schulisches Fremdsprachenlernen als ineffizient. Die Position der EDK, welche frühes Fremdsprachenlernen propagiere, sei empirisch nicht abgestützt, kritisierte er. Eigene Untersuchungen hätten gezeigt, dass kompakter Sprachenunterricht mit älteren Kindern am meisten Erfolg bringe.

Wasser auf die Mühle des LCH

Anton Strittmatter, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des LCH, zeigt sich erfreut über die «Schützenhilfe» der IG «Kindgerechte Schule», ortet jedoch in einigen Thesen Differenzierungsbedarf.



Die «Diagnose» stimmt zu 90% mit den Wahrnehmungen des LCH überein. Das meiste haben wir selbst schon oft kommuniziert. Die wichtigsten Folgerungen stehen bereits im «Manifest für ein leistungsfähiges Bildungswesen» des LCH vom 11. Juni 2005! Wir begrüssen es jedoch, wenn andere Fachleute dasselbe denken und postulieren.

Die 10% Differenzen bzw. Differenzierungsbedarf wollen wir jedoch nicht unter den Tisch wischen:

- Die Gefahr einer unqualifizierten Expertokratie in der Steuerung des Schulwesens besteht, zunehmend aber auch die Gefahr unqualifizierter

Lehrerbildung bereitet nicht auf die Praxis vor

Kein gutes Zeugnis stellten die Referenten den Pädagogischen Hochschulen aus. «Was an unseren Ausbildungsstätten gelehrt wird, ist nur teilweise deckungsgleich mit der Situation, welche die jungen Lehrkräfte an ihrer ersten Stelle vorfinden», bemängelte Urs Kalberer. Er sprach sich für eine Neubestimmung des Verhältnisses von Grundausbildung und praxisorientierter Weiterbildung aus. Mit der ironischen Feststellung «Lehrpersonen der Volks-

Kraftmeiereien und parteipolitischer Spiele in Kantonsparlamenten (z.B. zu Beurteilung/Noten, zu Sprachenfragen, Eingriffe in die Stundentafel oder der kürzliche «Ritalin-Beschluss» des Zürcher Kantonsrats). Gutes Forschungswissen, qualifiziertes Erfahrungswissen der Lehrerschaft und der politische Wille, die «Stimme des Volkes» müssen wieder an einen Runden Tisch.

- Das Lob der Milizbehörden bei Osterwalder ist allzu romantisch. Als operative Führungsorgane genügen sie heutigen Ansprüchen nicht mehr und wirkliche «strategische» Entscheidungsthemen gibt es auf Gemeindeebene schon lange nicht mehr. Es müssen neue Formen der Ergänzung von schulgerechter professioneller Führung und von Mitsprache der Eltern und der Bevölkerung um die Schule herum gefunden werden.
- Romantisiert oder zumindest missverständlich wird (bei Guggenbühl) die Rolle der Klassenlehrperson dargestellt. Richtig ist, dass jemand (eine oder zwei Lehrpersonen) klar hauptverantwortlich für das Geschick einer Klasse ist. Wie viele Lehrpersonen es dazu noch braucht oder erträgt, hängt von deren Zusammenarbeit ab (heute oft schlecht) und von den besonderen fachlichen Ansprüchen der Stufe oder der Klasse.

Der LCH ist sowohl gegen eine Vielzahl von Lehrpersonen, die an derselben Klasse aneinander vorbei unterrichten als auch gegen die Sorte Allrounder, die vor allem für ein warmes Nest sorgen und den Lernenden fachlich zu wenig bieten können. Überdies müsste endlich geklärt werden, wer im Schulwesen wirklich

schule haben wenig Prestige, dafür grosse Praxiserfahrung. Dozentinnen und Dozenten der PHs geniessen hohes Prestige, haben dafür wenig Praxiserfahrung und sind für die Ausbildung der Lehrpersonen zuständig», unterstrich er diese Aussage. Ins gleiche Horn stiess Remo Largo mit seiner Forderung nach einer «Umverteilung der Macht und mehr Verantwortung und Autonomie für die Lehrpersonen».

Doris Fischer

wofür verantwortlich sein soll, was heute nicht in Ansätzen der Fall ist.

- Die Skepsis von Largo gegen überbordende Testereien ist berechtigt. Ver-teufeln sollte man gut gemachte diagnostische Instrumente aber nicht. Die neue Pädagogik der Bildungsarbeit an Kompetenzen und des unbedingten Erreichens von Mindeststandards (HarmoS) erfordert solche Instrumente. Es ist auch legitim, periodisch die Leistungsfähigkeit des gesamten Systems zu überprüfen. Heutige Tests weisen aber noch zu viele Mängel auf. Es muss sorgfältig geklärt werden, wozu es Tests wirklich braucht, um das Geld konzentriert und die Bildungsarbeit unterstützend einsetzen zu können.
- Die Befürchtungen von Kalberer, dass die momentane Fremdsprachenlösung mit erster Fremdsprache ab 3. und zweiter ab 5. Klasse misslingt, hat der LCH schon immer geäussert. Wir bestreiten aber die Möglichkeiten frühen Fremdsprachenlernens nicht, sondern vertreten seit jeher die forschungsmässig gestützte Meinung, dass die hirnbio-logischen Vorteile frühen Fremdsprachenlernens nur bei einem wirklichen Frühbeginn ab Kindergarten produktiv genutzt werden können. Im Alter von 8 Jahren ist es dafür schon zu spät, dann würde man wirklich gescheitert auf die von Kalberer aufgezählten Lernvorteile reiferer Lernender setzen.

Anton Strittmatter,
Leiter Pädagogische Arbeitsstelle LCH

Weiter im Netz

www.lch.ch (Manifest für ein leistungsfähiges Bildungswesen)